25. April NIEDERSACHSEN Nr. 96
NORDWEST-ZEITUNG

Bauprivileg gilt nicht mehr für jeden Landwirt

Land geht gegen Massentierhaltung vor

Das Landesraumordnungsprogramm wird geändert. Gewerbliche Landwirtschaft bekommt besondere Baugebiete zugewiesen.

Von Heinz-Josef Laing, Redaktion Hannover

Will in der Tierhaltung umsteuern: Uwe Bartels (SPD).

Hannover/Cloppenburg. Die SPD-Landesregierung geht massiv gegen die Genehmigungspraxis für Massentierställe vor, nachdem in den Intensivtierhaltungsregionen der Weser-Ems-Kreise Cloppenburg, Vechta, Osnabrück und Emsland immer mehr Ställe entstehen. So soll das Privileg zum Bauen im Außenbereich künftig ausschließlich bäuerlicher Landwirtschaft vorbehalten bleiben. Für Ställe gewerblicher Betriebe werden besondere Gebiete ausgewiesen. Dazu will die Regierung nach eigenen Angaben das Landesraumordnungsprogramm ändern.

Bäuerliche Landwirtschaft betreibe, wer mehr als die Hälfte seines benötigten Tierfutters auf eigenen Ackerflächen erwirtschafte, so das Land. Dabei spiele die Eigentumsbindung der landwirtschaftlichen Fläche eine wichtige Rolle. Solche Betriebe mit „aktiven Landwirten", so Hanns-Dieter Rosinke, Sprecher des Landwirtschaftsministeriums, seien von den schärferen Regelungen nicht betroffen. Das Privileg zum Bauen im Außenbereich könne nach der Änderung des Raumordnungsprogramms jedoch nicht mehr von gewerblichen Betrieben beansprucht werden. Für sie würden Eignungs- oder Vorranggebiete im jeweiligen regionalen Raumordnungsprogramm festgelegt.

Mit einem zweiten Schritt will Niedersachsen die Tierhaltungszahlen nach unten korrigieren: Mit Hilfe einer am Montag in den Bundesrat eingebrachten Initiative will Landwirtschaftsminister Uwe Bartels (SPD) eine Flächenbindung der Tierhaltung erreichen. Die Initiative ziele zudem darauf ab, über verminderte Dungvieheinheiten eine weitere Reduzierung der pro Hektar auszubringenden Güllemenge zu erreichen, sagte Bartels gegenüber dieser Zeitung.

Grünen-Fraktionschefin Rebecca Harms forderte das Land derweil zu einem Stallbau-Moratorium auf, um die Massentierhaltung in der Region Weser-Ems zu stoppen. Für die Vermarktung der Produkte aus ökologischer Landwirtschaft seien staatliche Beihilfen notwendig.